

Anlagen zum Projektantrag „Forschung trifft Schule: Ost-West Begegnung zwischen Anhalt und der Pfalz. Kirchliche und kommunale Partnerschaft von Ludwigshafen/Rhein und Dessau seit 1987 im Visier der Stasi“

Anlage 1: Ausführliche Projektbeschreibung

Zusammenfassung

Das Projekt kombiniert drei wesentliche Elemente: schulische Bildungsarbeit, Begegnung von Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland sowie wissenschaftliche Forschung. Inhaltlich befasst sich das Projekt mit einem Aspekt der gemeinsamen Geschichte. Den Partnerschaften der Evangelischen Landeskirchen Anhalts und der Pfalz sowie der Städte Ludwigshafen und Dessau in der Endphase der DDR. Die historische Spezifik des eingereichten Projekts besteht in der ungewöhnlichen Parallelität einer kirchlichen und kommunalen Partnerschaft. Obwohl diese Partnerschaftsstränge aufgrund der politischen Umstände nicht koordiniert waren, fällt diese Konstellation aus dem üblichen Rahmen, da insbesondere die SED-Führung eine strikte Trennung von Staat und Kirche verfolgte. Allein die Genese der Städtepartnerschaft ist bemerkenswert, dass diese nämlich direkt von dem in Ludwigshafen beheimateten Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Erich Honecker 1987 angebahnt wurde. Im Rahmen des Projekts arbeiten Schülerinnen und Schüler aus Ost und West zusammen in verschiedenen Archiven in Dessau die gemeinsame Vergangenheit ihrer Städte/Region auf und legen dabei einen besonderen Fokus auf die Aktivität des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Intention des Vorhabens ist ein Erkenntnisgewinn, dass die Geschichte der SED-Diktatur keine, bzw. nicht ausschließlich eine ostdeutsche Regionalgeschichte, sondern Teil der gesamtdeutschen Geschichte ist. Damit trägt das Projekt dazu bei, wachsende Gegensätze bzw. gegenseitiges Unverständnis abzubauen. Schülerinnen und Schüler erarbeiten gemeinsam die Hintergründe und präsentieren medial ihre Einsichten und Erkenntnisse. Flankiert wird das Projekt durch einen wissenschaftlichen Workshop, zu dem auch Lehrkräfte aus beiden Bundesländern eingeladen werden, und durch eine öffentliche Abendveranstaltung in Dessau mit einem Zeitzeugengespräch.

Ausführliche Projektbeschreibung

Das Programm des Projekts ist konsequent an den drei Zielen wissenschaftliche Forschung, schulische Wissenschaftspropädeutik und „deutsch-deutscher“ Begegnung ausgerichtet.

Die Projektidee entstand während einer Tagung im März 2025 in Ludwigshafen zu diesem Thema. (Siehe Anlage 5) Daraus ergab sich eine Zusammenarbeit des Vereins für pfälzische Kirchengeschichte, des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Verbände der Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, des Stadtarchivs Dessau, des Archivs der Evangelischen Landeskirche Anhalts, des Bundesarchivs, Stasi-Unterlagen-Archivs, Halle und der Université de Lorraine (Metz), mit denen gemeinsam das Programm für das Projekt entwickelt wurde.

Dem Programm für das beantragte Projekt (siehe unten) ist zu entnehmen, dass am Nachmittag des Anreisetages die Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sich nach einer auch inhaltlich bestimmten Kennenlern-Phase (bei einem Stadtrundgang in Dessau und anhand kurzer Impulsreferate zur jeweiligen Heimatregion) gemeinsam zu gemischten Arbeitsgruppen zusammenfinden.

Am ersten Arbeitstag erfolgt nach der Eröffnung für alle im Wasserturm (Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Dessau) ein Überblicksvortrag sowie die Einführung für alle Teilnehmenden mit

einer Übersicht über die Dessauer Archive (Stadtarchiv Dessau, Archiv der Ev. Landeskirche Anhalts, Landesarchiv Sachsen-Anhalt), die Forschungslage, die Quellenbestände sowie einem kurzen Rückblick auf die erste Tagung in Ludwigshafen. Anschließend findet für jeweils die Hälfte der Schülerinnen und Schüler im Stadt- und im Kirchenarchiv die lokal- bzw. regionalhistorische Quellenarbeit statt. Nach der gemeinsamen Mittagspause wird die Quellenarbeit im jeweils anderen Archiv erneut durchgeführt. Parallel dazu finden wissenschaftliche Fachvorträge für Lehrkräfte, Fachwissenschaft und interessierte Öffentlichkeit im Konferenzsaal des Landesarchivs statt. Während die Schülerinnen und Schüler ihre Quellenarbeit nach der Kaffeepause fortsetzen, diskutieren die beteiligten Expertinnen in einem Workshop die Dokumentation bzw. bereiten die geplante fachdidaktische Handreichung vor.

Am frühen Abend wird eine öffentliche Abendveranstaltung mit Zeitzeugen aus Anhalt und Pfalz, d. h. beiden Kommunen/Bundesländern bzw. Kirchengemeinden/Landeskirchen durchgeführt (erste Zusagen hochbetagter Zeitzeugen liegen vor). Grußworte aus der Politik sollen erbeten werden, eine öffentliche Berichterstattung wird angestrebt.

Am zweiten Arbeitstag fahren die Schülerinnen und Schüler sowie das begleitende Lehrpersonal in das Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv nach Halle (Blücherstraße 2, 06122 Halle): zunächst erfolgt dort eine Führung sowie ein 90-minütiger Rundgang durch die nahegelegene Gedenkstätte Roter Ochse, die zu Zeiten der DDR u. a. als Untersuchungshaftanstalt des MfS diente, sowie anschließend eine Einführung in die Kartei und das Dokumentationszentrum. Nach einer kurzen Mittagspause setzen die Schülerinnen und Schüler ihre Quellenarbeit in den gemeinsamen Arbeitsgruppen an exemplarischen Dokumenten des Unterlagenarchivs fort. Nach dem Ende dieser Arbeitsphase um 16:00 Uhr erfolgt die jeweilige Rückreise zu den Heimatorten.

Nachhaltigkeit

Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte werden durch zwei Online – Workshops auf die Tagung in Dessau und die Archivarbeit vorbereitet, damit ein gemeinsames fachliches und methodisches Fundament dann vor Ort genutzt werden kann. Diese beiden Workshops liegen federführend in der Hand der Fachberatung Geschichte bei der Schulaufsicht Rheinland-Pfalz.

Während der Archivarbeit in Dessau und Halle sollen dann die online bereits vorentlasteten Aufträge der Arbeitsgruppen konkret unter Anleitung der fachlich ausgewiesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oben genannten Archive bearbeitet werden.

Als Produktformen zur Weitergabe des fachlichen Ertrages in Lerngruppen der Herkunftsschulen kommen wissenschaftliche Plakate, Präsentationen oder andere digitale Formate in Frage. Welche Endprodukte am Ende tatsächlich erarbeitet werden, entwickeln die beteiligten Schülerinnen und Schüler nach Projektbeginn gemeinsam mit ihren Lehrkräften. Die Ergebnisse sollen der schulischen, aber auch einer breiteren Öffentlichkeit in geeigneter Form präsentiert werden.

Die Themen der Produkte der Schülerinnen und Schüler ergeben sich aus den oben genannten wissenschaftlichen Fragestellungen. Eine Verknüpfung der Produkte zum Geschichtsunterricht kann entweder in den Herkunftslerngruppen der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler stattfinden oder auch unter Anwendung des Modelles „*Schüler unterrichten Schüler*“ in anderen Lerngruppen der teilnehmenden Schulen.

Quellen- und Materialgrundlage

Erste Recherchen in kirchlichen, kommunalen und in staatlichen Archiven sind bereits erfolgt (Prof. Dr. Ulrich Andreas Wien, Dr. Jan Brademann, Dr. Frank Kreißler), die Stasi Unterlagen sind partiell eingesehen worden (Prof. Dr. Ulrich Pfeil, Dr. Wolfram von Scheliha), es besteht dennoch weiterer Forschungsbedarf, und es sind weitere Recherchen zwingend erforderlich und werden auch zeitnah durchgeführt werden. Die jeweiligen Archivleitungen sind im Rahmen des Möglichen bereit, für das Projekt einschlägige Recherchen zu übernehmen. Professorin Dr. Corinne Defrance kann aufgrund ihrer Expertise und Archivkenntnisse wesentliche Einsichten erschließen sowie methodische Anregungen vermitteln.

Erkenntnisstand

Die innerdeutschen Beziehungen waren zwischen 1945/1949 und 1989 stark von außenpolitischen Determinanten, aber auch von divergierenden politischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Deutschen Demokratischen Republik abhängig. Einerseits beeinflussten der Kalte Krieg, die Entspannungspolitik bzw. der Rüstungswettlauf die Entwicklung zwischen den Blöcken im Westen (NATO) und Osten (Warschauer Pakt), andererseits bestimmten die divergierenden ökonomischen, aber auch verfassungsrechtlichen Konditionen und Dynamiken, sowie die Errichtung bzw. Schließung der innerdeutschen Grenze aufgrund des Mauerbaus den Aktionsradius der Menschen im geteilten Deutschland.

Die gesamtdeutsche Perspektive wurde in den Anfangsjahren zwar auf beiden Seiten mit unterschiedlichen ideologischen Grundannahmen vertreten, dennoch verfestigte sich die politische Spaltung, sowohl wegen der Hallstein-Doktrin, aber nicht zuletzt auch durch die Abschottung bzw. die auf die Anerkennung der Eigenständigkeit bzw. staatlichen Souveränität der DDR gerichteten Maßnahmen.

Eine der wenigen, wenn nicht gar die einzige funktionierende gesamtdeutsche Institution – die föderal strukturierte Evangelische Kirche in Deutschland (EKiD) – wurde von der Staatsmacht der DDR mithilfe der neuen Verfassung torpediert. Die Landeskirchen auf dem Gebiet der DDR, denen die Staatsorgane und das Ministerium für Staatssicherheit mithilfe von „Differenzierungsmaßnahmen“ entgegentraten, wurden genötigt, sich aus der EKiD zurückzuziehen. Sie begründeten 1969 den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK), den die DDR-Organen nach gewissem Zögern 1971 auch anerkannten. Auf EKD-Seite wurde nicht mehr die rechtliche, aber die *besondere Gemeinschaft* betont, was analog auch für den BEK galt und dessen Denken mitbestimmte. Auf beiden Seiten blieb aber das gesamtdeutsche Bewusstsein erhalten, auch die gewachsenen Beziehungen wurden – angepasst an die neuen Verhältnisse – fortgeführt bzw. im Rahmen des möglichen sogar intensiviert und ausgebaut. Dies geschah auf der Grundlage der „besonderen Gemeinschaft“ zwischen den Gemeinden und Landeskirchen auf beiden Seiten.¹

Bereits in den Anfangsjahren nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders aber seit Herbst 1949 hatte das „Hilfswerk der EKD“, das 1957 mit der „Inneren Mission“ zum „Diakonischen Werk der EKD“ fusioniert werden sollte, kirchliche Patenschaften initiiert. Vor diesem Hintergrund entstanden nicht nur Patenbeziehungen zwischen Amtsträgern (Ortspfarrern) und deren Familien, die in einigen Fällen auch auf die jeweiligen Gemeinden ausgedehnt wurden, sondern

¹ Joachim Mehlhausen/Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.), *Zwei Staaten - zwei Kirchen? Evangelische Kirche im geteilten Deutschland. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung*. Leipzig 2000.

auch weitere, nach außen hin verdeckt betriebene institutionelle Verbindungen, die jeweils offiziell in der Regel privaten Charakter tragen mussten. Über die Paten-/Paketaktionen² der „Liebesgaben“ („Dein Päckchen nach drüben“) innerkirchlicher Solidarität hinaus erreichten die westlichen kirchlichen und diakonischen Stellen die Unterstützung durch die Landes- und Bundesregierungen, um die vor allen Dingen materielle Unterstützung kirchlich engagierter Empfänger zu leisten und zu finanzieren. Bis 1958 konnten westliche Theologen relativ ungehindert in die DDR einreisen, was ab 1961 zunächst unmöglich gemacht und erst in kleinen Schritten ab der Mitte der 1960er Jahre wieder erleichtert wurde. Seit dieser Zeit schien die ohnehin bereits asymmetrische Verbindung nur noch eine „Einbahnstraße“ vom Westen nach dem Osten zu sein. Westbesuche von Rentnern aus der DDR wurden sukzessive erlaubt; aber die breite Masse bzw. in den Kirchen engagierte Personen erhielten in der Regel keine Reiseerlaubnis (ins westliche Ausland).

In der evangelischen, pfälzischen Landeskirche hatte aufgrund einer Initiative des Hilfswerks im Herbst 1949 anfänglich der Pfarrerverein eine maßgebliche Rolle (mit administrativer Unterstützung von Hilfswerk und Landeskirche) in der Realisierung der Patenaktionen mit Pfarrfamilien in der Landeskirche Anhalts gespielt. In einigen Fällen haben sich aus den Verbindungen zwischen den Pfarrfamilien auch Gemeindepatschaften entwickelt.³ Parallel dazu gelang seit 1956 nach und nach eine innerprotestantische Ökumene mit weiteren ausländischen Kirchen und deren Kirchengemeinden (Großbritannien, Frankreich, USA); mit diesen Partnergemeinden pflegten nicht zuletzt auch die Gemeindeglieder regen Austausch, und es kam zu wiederholten gegenseitigen Partnerschaftsbesuchen. Nach dem Mauerbau versuchten einige dieser Gemeinden, unter anderem Speyer und Ludwigshafen, in ihren ökumenischen Partnerschaften auch die Verbindungen zu den Christinnen und Christen in der DDR einzubeziehen. Seit dieser Zeit setzte sich anstelle des paternalistischen Terminus „Patschaft“ in relativ kurzer Zeit zwischen 1964 und 1974 der Begriff „Partnerschaft“ im innerkirchlichen Gebrauch der pfälzischen Landeskirche und darüber hinaus in den westlichen Landeskirchen durch.⁴ Erste wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen liegen dazu seit kurzem vor. Insgesamt sind diese Partner-Beziehungen allerdings nur sporadisch und regional begrenzt erforscht,⁵ die jüngst erschienene Studie von Sonja Kruse zu den Gemeindepatschaften zwischen der Kirchenprovinz Sachsen und den hessischen Kirchen (1969-1991) unter dem Titel „mit meinem Gott überspringe ich Mauern“ hat sich dieser Phase vornehmlich durch die Methode der Oral History (Interviews) genähert. Dabei werden die Quellen aus dem MfS nicht rezipiert sowie dessen Methoden faktisch nur im Verweis auf

² Christian Härtel, Petra Kabus (Hg.), Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000.

³ Friedrich Winter, Kirchliche Wege zwischen Ost und West (1969-1989). Hinweis auf eine dringende Forschungsaufgabe, in: Ralf Hohburg (Hg.), Unter dem Dach der Kirche: Festschrift für Joachim Rogge zum 70. Geburtstag, Leipzig 1999, S. 124-147; Ulrich A. Wien, Annäherungen und Einsichten. Partnerschaften zwischen pfälzischen und anhaltischen evangelischen Ortskirchengemeinden nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1969, in: Jan Brademann, Lambrecht Kuhn und Joachim Liebig (Hg.): Herausgefordert. Die anhaltische Landeskirche 1945 bis 1969. Leipzig 2024, S. 283-304. (Herbergen der Christenheit, Sonderband 31).

⁴ Zum Wandel der Terminologie zu ihrem Untersuchungsrahmen vergleiche auch Kapitel 4.4 bei Sonja Kruse, „Mit meinem Gott über springe ich Mauern“. Gemeindepatschaften zwischen der Kirchenprovinz Sachsen und den hessischen Kirchen (1969-1991), Freiburg, Basel, Wien: Herder, (2025), S. 151-159. (Quellen und Studien zur hessischen Kirchengeschichte, Bd. 30), S. 260-295.

⁵ Karoline Rittberger-Klas, Kirchenpartnerschaften im geteilten Deutschland: am Beispiel der Landeskirchen Württemberg und Thüringen. Göttingen 2006.

oberflächlich im Interviewstil angemerkte kursorische Hinweise berührt.⁶ Dennoch ist davon auszugehen und auch durch Akten belegt, dass das MfS nicht nur über die – eigentlich verdeckt laufenden – Patenbeziehungen und Paketaktionen und vieles weitere detailliert informiert war, sondern aktiv die Überwachung der Partnerschaftsbegegnungen und -beziehungen betrieb.⁷ Im Schulungsmaterial „Lektion zur Bekämpfung des Missbrauchs der Kirchen an der Juristischen Hochschule Potsdam“ wird ein diesbezügliches Szenario skizziert:

„Aufgrund ihrer operativen Relevanz sind [ist] den Partnerschaftsbeziehungen zwischen den Kirchen in der DDR und der BRD verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Dies gilt insbesondere für die Kontakte an der Basis, in den Gemeinden.⁸ [...] Aufgrund der völlig unzureichenden IM-Basis im Bereich der kirchlichen Partnerschaftsarbeit gilt es auch hier, mit aller Kraft aller operativen Potenzen voranzukommen. Gerade auf diesem Gebiet laufen die Hauptangriffe des Gegners zur feindlich negativen Beeinflussung der kirchlich gebundenen Jugend.“⁹

Die üblichen Überwachungsmechanismen und Techniken hat das MfS auch in diesen Fällen angewandt, teilweise, wie dies die Interviewauswertung ergab, ohne die erwünschte Einschüchterung zu erreichen, manchmal auch durch indiskrete Konspiration.¹⁰ Hinsichtlich der Strukturen und Ergebnisse der Überwachung der kirchlichen Gemeindepартnerschaften besteht allerdings noch ein erhebliches Forschungsdesiderat, das zumindest für die Relationen zwischen der Pfalz und Anhalt aufgegriffen werden soll. Im kirchlichen Kontext waren die Kirchengemeinden in Ludwigshafen sowie in Speyer besonders rührig in der Partnerschaftsarbeit. Insbesondere die alle drei Jahre an wechselnden Orten stattfindende internationale Partnerschaftskonferenz (Speyer, Hartford, Purley) konnte schließlich sogar 28.7.-7.8.1989 erstmals in Dessau stattfinden, um damit auch zur Begegnung mit der gesamten dortigen Gemeinde, insbesondere der Jugend zu führen.¹¹ Wie das oben aufgeführte Zitat der „Lektion“ erkennen lässt, war gerade letzterer Aspekt dem DDR-Regime besonders suspekt. Insofern ist eine Untersuchung dieser Dimension im Aktionsfeld des MfS auf dem eigenen Staatsgebiet lohnenswert, nicht zuletzt im Blick darauf, mit welchen Methoden und welchen Strukturen auf die Herausforderungen bezüglich der international und intergenerationell zusammengesetzten protestantischen Besuchergruppen gearbeitet wurde. Dies wird im Vorfeld des zur Förderung vorgeschlagenen Projekts zu untersuchen sein. Darüber hinaus ist es auch deswegen relevant, um mögliches didaktisch einsetzbares, dokumentarisches Material zu erschließen und für die Bildungsarbeit fruchtbar zu machen.

⁶ Sonja Kruse, „Mit meinem Gott über springe ich Mauern“. Gemeindepартnerschaften zwischen der Kirchenprovinz Sachsen und den hessischen Kirchen (1969-1991), Freiburg, Basel, Wien: Herder, 2025), S. 151-159. (Quellen und Studien zur hessischen Kirchengeschichte, Bd. 30).

⁷ Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit: eine Zwischenbilanz, hrsg. von Clemens Vollnhals. Berlin, 2. Auflage 1997; Martin Georg Goerner, Die Kirche als Problem der SED: Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Berlin 1997; Gerhard Besier, Stephan Wolf (Hg.), „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn, 2. Auflage 1992.

⁸ Dokument 80: Lektion zur Bekämpfung des Missbrauchs der Kirchen an der Juristischen Hochschule Potsdam, abgedruckt in Besier/Wolf, Pfarrer, Christen und Katholiken, S. 418.

⁹ Dokument 80: Lektion zur Bekämpfung des Missbrauchs der Kirchen an der Juristischen Hochschule Potsdam, abgedruckt in Besier/Wolf, Pfarrer, Christen und Katholiken, S. 421.

¹⁰ Sonja Kruse, „Mauern“, S. 156.

¹¹ Matthias Richter, Partnerschaften der Evangelischen Landeskirche Anhalts mit der Evangelischen Kirche der Pfalz und der Lippischen Landeskirche. Dokumentation - Beispiele für den Beginn 1949 und die erweiterte und intensive Partnerschaft mit der Pfalz ab 1973 und neu mit Lippe ab 1980 sowie für vertiefte partnerschaftliche Zusammenarbeit ab 1990. Dessau-Roßlau 2023.

Kommunale Partnerschaften: Wenngleich die Forschungssituation für die Städtepartnerschaften sich etwas günstiger darstellt als im Blick auf die kirchlichen Gemeinde-Partnerschaften, besteht auch in diesem Untersuchungsfeld noch erheblicher Forschungsbedarf. Deutlich ist, dass im Unterschied zu den mehr oder weniger funktionierenden Städtepartnerschaften von Kommunen der DDR zu solchen in Frankreich,¹² bei denen tendenziell von einer Relation zu meist von Kommunisten regierten französischen Industriestädten mit dem Ziel der diplomatischen Aufwertung der DDR und einer relativ homogenen ideologischen Gemeinsamkeit ausgegangen werden darf, die Städtepartnerschaften zwischen Kommunen in Westdeutschland und der DDR tendenziell ein bürgerliches Projekt waren. Seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (Oktober 1982) bemühten sich nicht zuletzt bürgerliche Kreise um Städtepartnerschaften mit Kommunen in der DDR mit der Absicht einer Stabilisierung eines gesamtdeutschen Bewusstseins. In diesem Kontext ist die Initiative der CDU-Fraktion in Ludwigshafen zu verorten, die eine Städtepartnerschaft im Stadtrat anregte, deren Erfolg aufgrund der Reaktionen aus Berlin (Ost) allerdings fast aussichtslos erschien. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Staatsbesuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Bonn unternahm Stadtrat und SPD-Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig (Ludwigshafen) einen neuen Anlauf. Sie baten den in Ludwigshafen beheimateten Bundeskanzler, im direkten Gespräch mit dem dafür in letzter Instanz zuständigen Staatsratsvorsitzenden eine zielführende Lösung anzustreben. Dabei spielten die bereits bestehenden kirchlichen Partnerschaftsbeziehungen zwischen Ludwigshafen und Dessau in der lokalpolitischen Diskussion Ludwigshafens eine wesentliche Rolle, weswegen Dessau als kommunale Partnerstadt vorgeschlagen wurde. Die Initiative war erfolgreich, und schon in den nächsten Wochen und Monaten wurde die Partnerschaft durch gegenseitige Besuche und Absprachen (zunächst im Dezember 1987 in Ludwigshafen und im Februar 1988 in Dessau) sowie den Austausch von Entwürfen des Partnerschaftsvertrags vorbereitet und schließlich im Februar und März 1988 besiegelt. Auch wenn es die generelle Maxime der DDR-Regierung war, diese Begegnungen von Konspiration bzw. Anwerbungen im Westen möglichst unbelastet zu halten, waren die entsprechenden Vorbereitungen und Aktivitäten des MfS nicht nur verdeckt, sondern auch in konkreten Maßnahmen zur Absicherung der Besuchgruppen zu beobachten: Letztlich sind sie partiell und in einem gewissen Umfang auch im Aktenbestand nachweisbar.¹³ Obwohl die Besuchgruppen aus der DDR laut Vertrag verschiedenen Alters- und Berufsgruppen angehören sollten, entsprach die konkrete Zusammensetzung der Reisekader selten den Erwartungen im Westen. Im Nachhinein äußerte der Ludwigshafener Oberbürgermeister, diese Begegnungen seien „eine Zumutung“ gewesen. Streng limitierte Jugend- und Sportbegegnungen schon in den Jahren 1988 und 1989 sind zentraler Teil dieser Partnerschaftsaktivitäten gewesen, was ebenfalls noch gründlicher untersucht werden müsste. Jedenfalls bestanden bereits Ende 1989 über die kirchlichen Beziehungen hinausreichende persönliche Kontakte, als die Mauer geöffnet wurde und nun im ersten Halbjahr 1990 eine in die Hunderte gehende Zahl gegenseitiger Besuche und Initiativen registriert werden konnte.

¹² Constanze Knitter, Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR (1959-1990): Akteure, Ziele und Entwicklungen, Lausanne, Berlin 2023; Jürgen Dierkes: „Ménage à trois“ im Ost-West-Konflikt. Städtepartnerschaften zwischen westdeutschen, französischen und ostdeutschen Kommunen von den 1950er Jahren bis zum Fall der Mauer, Stuttgart 2024.

¹³ von Scheliha-Vortrag März 2025 (Anlage 5).

Arbeits- und Zeitplan

Januar 2025: Auswahl der beteiligten Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte

Januar bis April 2025: Durchführung von weiterführenden Archivrecherchen der beteiligten Wissenschaftler

Februar bis April 2025: Auswahl der durch die Schülerinnen und Schüler zu bearbeitenden Archivalien und deren Aufbereitung

März bis Juni 2025: Kennenlernveranstaltungen (online) der beteiligten Schülerinnen und Schüler und gemeinsame Entwicklung von Ideen zur Erstellung eines Endprodukts, Bildung von Arbeitsgruppen; Einführung in das Thema

Programmplanning für die Begegnungstage in Dessau (Stand 25.08.2025)

Sonntag, 21. Juni 2026

Anreise der Pfälzer im Laufe des Tages

1500 spätestens Ankunft Jugendherberge Dessau, Ankommen

1600 Begegnung mit SuS aus Sachsen-Anhalt, kleine Referate zu den Gruppen, Stadtführung
Einteilung in gemischte Arbeitsgruppen

1900 gemeinsames Abendessen / Picknick

Übernachtung in der Jugendherberge Dessau

Montag, 22. Juni 2026

0900 Eröffnung / Einführung für alle (Lehrkräfte, SuS, Wiss., Öffentl.)

Übersicht Dessauer Archive / Forschungslage / Quellenlage

1000 Wissenschaftliche Fachvorträge für Wiss. im Wasserturm (Defrance, Pfeil, v. Scheliha)

1000 Quellenarbeit A im Stadtarchiv Dessau

1000 Quellenarbeit B im Kirchenarchiv Landeskirche Anhalt

1230 Mittagspause

1330 Wiss. Fachvorträge im Wasserturm (Wien, Brademann)

1330 Quellenarbeit A im Stadtarchiv Dessau

1330 Quellenarbeit B im Kirchenarchiv Landeskirche Anhalt

1500 Kaffeepause

1530 Workshop zu Produkten des Projektes für Wissenschaft

1530 Fortsetzung Quellenarbeit für SuS

1700 Pause

1800 Wasserturm: Öffentliche Veranstaltung mit Zeitzeugen aus beiden Ländern /
Grußwort OB Dessau? (Dr. F. Borggreffe, M. Richter. etc).

Dienstag, 23. Juni 2026

0745 ab Dessau

0900-1030 Roter Ochse in Halle Rundgang

1130-1300 Stasi-Unterlagenarchiv Führung Archiv,
Kartei + Dokumentationszentrum

1300-1345 Pause

1345-1600 Fortsetzung Quellenarbeit

1600 Ende der Veranstaltung

1644 Rückreise der Pfälzer ab Halle

Ergebnissicherung: Juni-September 2025: Fertigstellung und Präsentation des Endproduktes der Schülerinnen und Schüler

Nach Juli 2025: Ausarbeitung der Vorträge auf dem Workshop mit dem Ziel der Erstellung einer Publikation (nicht Bestandteil des Antrags)

Zielgruppe

- 1) **Fachwissenschaft**
Neben den Vortragenden und den lokalen Experten ist mit einem Interesse in Fachkreisen zu rechnen, da Thema und Quellen bislang nicht erforscht und durch Veröffentlichung zugänglich gemacht wurde.
- 2) **Schülerinnen und Schüler**
Die aus den Regionen Pfalz und Anhalt zu gewinnenden Schülerinnen und Schüler sind naturgemäß historisch-politisch besonders interessierte Oberstufenschüler und stellen dadurch eine besonders zu fördernde Zielgruppe dar, die neben dem wissenschaftspropädeutischen Ziel, auch eine gerade heutzutage wichtige innerdeutsche Begegnung erfahren können. Für die pfälzischen Schülerinnen und Schüler wird derzeit mit dem Bildungsministerium RLP über eine zentrale Veranstaltungsgenehmigung verhandelt, welche die teilnehmenden Schulen entlasten wird. Die im Projekt entstehenden Produkte können später in den teilnehmenden Schulen für die Multiplizierung der Ergebnisse genutzt werden.
- 3) **Lehrkräfte**
Durch die Kooperation mit den Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und –lehrer Deutschlands und den Fachberatungen / Fachbetreuungen Geschichte bei den Schulaufsichten beider Länder ist die Werbung und Vernetzung in die Fachkollegien hinein sichergestellt. Das deutsch-deutsche Thema stellt dabei eine nicht oft angebotene fachliche Chance dar. Für die Lehrkräfte aus RLP wird die Veranstaltung als Fortbildung durch das Institut für Lehrkräftefortbildung (Mainz) zertifiziert werden. Eine Zertifizierung durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) wird ebenfalls angestrebt.
- 4) **Interessierte Öffentlichkeit**
Regional in Anhalt wird die interessierte Öffentlichkeit angesprochen. Über die oben genannten Produkte der Arbeitsgruppen kann zum Beispiel auch später in Ludwigshafen die Öffentlichkeit erreicht werden.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die regionalen Medien werden über das Projekt berichten, bzw. die Schülerinnen und Schüler präsentieren ihre gemeinsame Arbeit und deren Ergebnisse in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus wird die allgemeine Öffentlichkeit durch die geplante Abendveranstaltung mit Zeitzeugen-Gespräch in die inhaltliche Diskussion eingebunden und werden dadurch eventuell sogar weitere authentische Informationen erschlossen. Im Nachgang zu den wissenschaftlichen Vorträgen und im Anschluss an die Präsentation einschlägiger Materialien soll durch eine Dokumentation und Handreichung für schulisches Lehrpersonal ein nachhaltiger Impuls für die Unterrichtspraxis erstellt werden.

CV: Kurze Angaben zu den wissenschaftlich Vortragenden:

- 1) Dr. Jan Brademann, geb. 1977, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Landesgeschichte in Halle und Caen, 2010 Promotion in Münster, 2019 Master Archivwissenschaft (FH Potsdam). 2006–2011 am SFB 496 in Münster, 2011–2015 Assistent am Lehrstuhl für Frühe Neuzeit der Universität Bielefeld. Seit 2015 Mitarbeiter im Archiv der Evangelische Landeskirche Anhalts in Dessau, seit 2019 Leiter des Archivs. Seit 2015 Mitglied der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt.
- 2) Prof. Dr. Corine Defrance, Professorin für Zeitgeschichte (directrice de recherche) am CNRS-SIRICE-Paris; Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands und der deutsch-französischen Beziehungen, Biographien jüdischer Frauen (Publikationen: *Françoise Frenkel. Portrait d'une inconnue*, Gallimard, Paris 2022; - mit Ulrich Pfeil (Hrsg.): *Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in Europa nach 1945*. Peter Lang, Bruxelles 2016 (= *Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*. Bd. 1731); - mit Ulrich Pfeil, *Deutsch-Französische Geschichte*. Bd. 10: *Deutschland und Frankreich 1945–1963. Eine Nachkriegsgeschichte in Europa*, Darmstadt 2011; *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*. Presses Universitaires de Strasbourg, Strasbourg 1994. -zu Städtepartnerschaften <https://ehne.fr/fr/node/12370/printable/print>; <https://ehne.fr/en/node/12370/printable/pdf>; - mit Tanja Herrmann, Pia Nordblom (Hrsg.): *Städtepartnerschaften in Europa im 20. Jahrhundert*, Wallstein, Göttingen, 2020.
- 3) Bjoern Peter Kilian, geb. 1972, Fachberater Geschichte bei der Schulaufsicht Gymnasien Rheinland-Pfalz; Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz im Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands und Mitglied im Bundesvorstand; Schuldienst am Eduard–Spranger–Gymnasium Landau/Pf.; Fachleiter Sozialkunde; Studiendirektor und Fachberater Geschichte bei der Schulaufsicht RLP; Lehrbeauftragter Dozent für Zeitgeschichte, Politikwissenschaft u. Politikdidaktik an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität, Campus Landau; Ehrenamt: Bezirkstag der Pfalz; Mitglied des Ausschusses für Gedenkarbeit und Demokratieförderung; Stiftung Hambacher Schloss; Mitglied des Beirates der Stiftung; Historischer Verein der Pfalz e.V.: Mitglied in Ausschuss und Kuratorium des Gesamtvereins.
- 4) Dr. Frank Kreißler, geb. 1963, hat an der Universität Leipzig Geschichte und Germanistik studiert, ab 1990 Mitarbeiter, seit 1998 Leiter des Stadtarchivs Dessau-Roßlau, zahlreiche Publikationen zur Stadtgeschichte von Dessau-Roßlau und zur Regionalgeschichte Anhalts. Er ist Herausgeber bzw. verantwortlicher Redakteur verschiedener Schriftenreihen wie „Dessauer Kalender“, „Veröffentlichungen des Stadtarchivs Dessau-Roßlau“ und „Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde“.

- 5) Prof. Dr. Ulrich Pfeil, geb. 1966, promoviert 1995 in Hamburg, Habilitation 2002 in Lille III zum Thema (+ Publikation): Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990 (= Zeithistorische Studien des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, Band 26). Böhlau, Köln 2004, ISBN 3-412-04403-2; - mit Corine Defrance: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963 (siehe oben).
- 6) Dr. Wolfram von Scheliha; Studium der Ost- und Südosteuropäischen Geschichte, Neuere Geschichte Slavistik an der FU Berlin, 2003 Promotion, 1994-1996, Research Visitor an der School of Slavonic and East European Studies, London, 1998-2001: wiss. MA, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, 2001-2002, wiss. MA Deutsch-russisches Museum Berlin-Karlshorst, 2009-2013 wiss. MA Global and European Studies Institute der Universität Leipzig und am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur des östlichen Europas, seit 2013 Lehrbeauftragter am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig, 2014 International visiting scholar University of Wisconsin, Green-Bay, 2014 bis 2021 Lehrer an verschiedenen Schulen in Berlin und Brandenburg, seit 2022 Referent beim Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- 7) Prof. Dr. Ulrich A. Wien, geb. 1963, Studium Alte, Mittlere, Neue und Neueste Geschichte, Politikwissenschaften, Anglistik, Evangelische Theologie; 1998 Promotion zur kirchlichen Zeitgeschichte in Heidelberg, apl. Prof. Akad. Direktor am Institut für Ev. Theologie der RPTU Kaiserslautern Landau (Campus Landau). 2001-2020 Vorsitzender des Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde, seit 2021 Vorsitzender des Vereins für Pfälzische Kirchengeschichte. Zahlreiche Editionen, Publikationen und Projekte zur kirchlichen Zeitgeschichte und zur Frühen Neuzeit.